Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Wien und die Folgen ; Der Graben bleibt ; Ungarn 1961 ; Industrialisierung - Sozialisierung ; Die neue Landwirtschaft

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140581

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Nachmittag war neben geschäftlichen Traktanden, Wahlen usw. dem Thema der weiteren Ausgestaltung der «Neuen Wege» gewidmet. Unter anderem fiel auch der Vorschlag, den Vortrag von Nationalrat Karl Dellberg, der in seiner Dokumentation von einzigartigem Wert ist, sukzessive in unserer Zeitschrift erscheinen zu lassen, damit sie sich nicht zu Unrecht «Blätter für den Kampf der Zeit» nennt. *H. H.*

BUCHBESPRECHUNG

*Hinweis auf ein wertvolles Buch: «Urzeit und Geschichte Afrikas»**

Wer die Bücher *Basil Davidsons* über Afrika und China kennt, wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Geschichte Afrikas in seiner faszinierenden Darstellung zu verfolgen. «Die Entdeckung Afrikas erhielt», wie Basil Davidson schreibt, «ihren Platz unter den Großtaten des 19. Jahrhunderts. Die Mythen und Legenden über seine Geographie verschwanden seither. Heute, hundert Jahre später, findet ein ähnlicher Prozeß des Entdeckens auf dem Gebiet der afrikanischen *Geschichte* statt. Dieses Buch kann als eine Art ‚Lagebericht' über die vielen und aufregenden Funde betrachtet werden.» Diese Geschichte des dunklen Erdteils ist in Tat und Wahrheit «auf die Anerkennung der Wesenseinheit der Völker Afrikas mit den Völkern der übrigen Welt gerichtet».

*Rowohlt-Verlag, 274 Seiten, Fr. 5.35.

WELTRUNDSCHAU

Wien und die Folgen Die Wiener Begegnung zwischen *Kennedy* und *Chruschtschew* vom 2./3. Juni war sicher nicht das überragende weltpolitische Ereignis, das man auf sowjetischer Seite darin sehen will. Sie war aber auch nicht bloß «nützlich», wie der amerikanische Präsident in betonter Nüchternheit sagte (obwohl sie das zweifellos war). Sie war vielmehr in erster Linie ein Ausdruck der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen Außenpolitik in eine richtige Sackgasse geraten sind.

Es war ja Kennedy, der überraschend das «Gipfeltreffen» von Wien veranlaßte, im Widerspruch zu seiner anfänglichen Abneigung gegen alle «Besuchsdiplomatie». Die wenigen Monate, während derer er die amerikanische Außenpolitik leitete, hatten ihn davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten von einer Niederlage zur andern schreiten würden, wenn es so weitergehe wie bisher, daß die Zeit gegen ihn arbeite und daß es vor allem einmal nötig sei, in persönlicher Aussprache mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, seinem Gegen-

spieler im kommunistischen Lager, dessen Auffassung von der Weltlage kennenzulernen, wenn nicht die Gefahr wachsen solle, daß die radikal militärisch denkenden Kreise in Amerika eine Gewaltlösung für die verfahrene Lage anstreben.

Man vergegenwärtige sich doch die riesigen Schwierigkeiten, vor die sich der tatendurstige Präsident der Vereinigten Staaten gestellt sieht in seinem Drang, die so bedenklich geschwächte Weltgeltung seines Landes wiederherzustellen. Den schwersten Rückschlag hat die amerikanische Politik natürlich mit ihrem mißglückten Angriff auf *Kuba* erlitten. Kennedys erste Antwort darauf war die Ankündigung, die USA würden niemals dulden, daß sich ein «kommunistischer» Brückenkopf in der westlichen Erdhälfte bilde, daß jetzt erst recht Mittel und Wege gesucht werden müßten, um das Regime Castro zu stürzen, und daß eine neue Kampfführung — eine Art Guerillataktik — gegenüber dem Weltkommunismus entwickelt werden müsse, besonders in Lateinamerika, das sich unter nordamerikanischer Führung für die Abwehr der «kommunistischen Gefahr» zusammenschließen müsse. Aber gerade in den lateinamerikanischen Staaten fand der Alarmruf Kennedys wenig Widerhall. Das Washingtoner Weißbuch über Kuba wurde in der südamerikanischen Presse entweder abgelehnt oder einfach ignoriert. Der neue Präsident von Brasilien, Quadros, riet seinem nordamerikanischen Kollegen dringend, die Hände von Kuba zu lassen. Ähnlich ist die Haltung Argentiniens, Ecuadors und Mexikos. Nur wenige mittel- und südamerikanische Staaten scheinen bereit, die Einkreisungsbewegung gegen Kuba mitzumachen. «Wer hier gewinnt, ist Castro, nicht Nordamerika. Die Vereinigten Staaten verlieren Boden . . . Man sagt ihnen, sie sollten ihren Traum von einer gefestigten Front gegen Castro nur vergessen», stellt bitter «US News & World Report» (22. Mai) fest.

In *Asien* steht es für die Sache Nordamerikas auch nicht besser, eher schlechter. Daß Laos für die USA verloren ist, weiß man in Washington recht gut; mehr als mit einer neutralistischen Formel für das umstrittene Königreich das Gesicht zu wahren, kann man von der in Genf tagenden Konferenz kaum hoffen. Kambodscha wird den gleichen Weg gehen wie Laos, und auch in Thailand bereitet man sich auf die Abkehr von den Vereinigten Staaten vor. Wie lang sich das amerikanische Satellitenregime in Südvietnam behaupten kann, steht ebenso dahin wie die Lebensdauer der in Südkorea aufgerichteten Militärdiktatur, so antikommunistisch sie sich auch gebärdet. Japan aber ist je länger, je weniger bereit, für Amerika die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und Indonesiens Staatspräsident Sukarno hat letzthin in Moskau geradezu Bruderschaft mit Chruschtschew getrunken. In Pakistan, das mit Persien zusammen unter amerikanischer Aufsicht die Zentralasiatische Vertragsorganisation (CENTO) darstellt, warnt man die Vereinigten Staaten deutlich vor militärischen Abenteuern in Asien, während in Persien, dieser Hochburg amerikanischen Einflusses im

Mittelosten, der Kampf zwischen Reform und Revolution in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten ist und der Thron des Schahs mitsamt dem ganzen verfaulten Feudalsystem, das ihn stützt, aufs neue schwer erschüttert scheint.

Kurz, es ist nur zu begreiflich, daß Präsident Kennedy unruhig geworden ist und zunächst einmal ein eigenes Urteil über die Absichten und Auffassungen der Sowjetführer zu gewinnen suchte, ehe er seinen weiteren Kurs festlegen wollte. Was ist nun bei seinen Gesprächen mit Chruschtschew tatsächlich herausgekommen? Trotz dem fürchterlichen Presse-, Radio- und Fernsehbetrieb, der um die Wiener Zusammenkunft herum veranstaltet wurde, weiß über die vorsichtige Berichterstattung des amerikanischen Präsidenten selbst hinaus niemand genau, was sich die beiden «Großen» im einzelnen gesagt haben und was für Schlüsse jeder aus der Haltung des andern gezogen hat. Man wird aber kaum fehlgehen mit der Annahme, daß sich Kennedy wie Chruschtschew aufs neue vom Bestehen eines Gleichgewichts der beidseitigen Kräfte Rechenschaft gegeben haben, das auf absehbare Zeit nicht zu erschüttern ist und eine militärische Kraftprobe, die nicht zur Weltkatastrophe würde, einfach ausschließt. Kennedy hat wiederholt betont, daß die Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Welt «noch viele Jahre andauern» werde und das Mächtegleichgewicht dabei «nicht durch eine neue, dramatische Politik oder Entscheidung der Vereinigten Staaten zu deren Gunsten verändert werden» könne. Und man darf ihm glauben, daß er, wie auch Chruschtschew, in dem Entschluß bestärkt worden ist, sorgfältig alles zu vermeiden, was eine Verschärfung des West-Ost-Gegensatzes bis zur Unvermeidlichkeit eines Krieges bewirken könnte. Das ist schon viel. Die beiden Staatsmänner sind denn auch übereingekommen, die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen zwischen ihren Ländern und deren Verbündeten — besonders diejenigen über Laos und die Kernwaffenversuche — geduldig fortzusetzen, so hoffnungslos sie auch scheinen möchten. Überhaupt solle die direkte Fühlungnahme zwischen den leitenden Persönlichkeiten in beiden Lagern nicht abreißen, wenn auch bestimmte Abmachungen über neue Begegnungen nicht getroffen wurden. Auch das darf schließlich als erfreuliches Zeichen vermerkt werden, daß Kennedy in seinem «Rechenschaftsbericht» vor dem amerikanischen Fernsehen mit warmen Worten eine große Anstrengung zugunsten der unterentwickelten Völker in Aussicht gestellt hat, so klar es ist, daß ihm in erster Linie daran gelegen ist, diese Völker vor dem Übergang ins kommunistische Lager oder doch vor der Abkehr von der «freien Welt» zu «retten».

Der Graben bleibt Aber gerade dieser letzte Umstand — die Rolle der *Entwicklungshilfe* im Kampf gegen den Kommunismus — zeigt, wie begrenzt die Möglichkeiten für eine Milderung oder gar Überwindung des Kalten Krieges sind, die sich

aus der Begegnung von Wien ergeben. Eine wirkliche und wirksame Hilfe an die zurückgebliebenen Länder ist — wie wir immer wieder dargelegt haben — nur möglich, wenn die feudal-kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsformen, die in den meisten dieser Länder vorherrschen, gesprengt werden. Daran kann aber Kennedys Amerika so wenig denken wie dasjenige Eisenhowers oder Trumans. «Das würde ja», wie Kingsley Martin im «New Statesman» (26. Mai) schreibt, «bedeuten, daß die Vereinigten Staaten die Revolution unterstützen müßten, was, wie ich annehme, ein logischer Widersinn ist. Der Kapitalismus müßte aufhören, Kapitalismus zu sein, wenn er die soziale Revolution befördern wollte.» Während die Sowjetunion ihrem Wesen nach das tatsächlich tut, werden also die Vereinigten Staaten fortfahren, der feudalistischen Gesellschaftsverfassung lateinamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Länder ein roh-kapitalistisches «freies Unternehmertum» aufzupfropfen, Millionen von Dollar einer korrupten Oberklasse zuzuhalten und Militärinstruktoren anzusiedeln, die jeden Versuch einer sozialen Revolution als verabscheuungswürdige kommunistische Verschwörung ersticken helfen. Die Bauern und Arbeiter dieser Länder werden so weder politische Freiheit noch Freiheit von Armut und Not bekommen, der Kampf mit dem östlichen Kommunismus aber wird verschärft und der Graben zwischen West und Ost noch breiter werden als zuvor.

Inzwischen wird die Organisation der *Vereinten Nationen* noch offenkundiger als schon jetzt in Widerspruch zu den tatsächlichen Machtverhältnissen geraten. Die Chinesische Volksrepublik wird von ihr weiterhin ausgeschlossen bleiben, und die neuaufgenommenen asiatischen und afrikanischen Staaten werden ihr Mitspracherecht innerhalb der UNO mit wachsendem Selbstbewußtsein geltend machen, statt mitzuhelfen, der nordamerikanischen Union in kritischen Fragen ein mechanisches Übergewicht über die Sowjetunion zu sichern. Chruschtschews Plan, das UNO-Sekretariat dreiteilig zusammenzusetzen, so daß es aus gleichberechtigten Vertretern der Westmächte, des Ostlagers und der blockfreien, neutralen Staaten bestünde, trägt dieser Lage im wohlverstandenen Eigeninteresse Rechnung. Das ausführende Organ der Vereinten Nationen würde damit dem überragenden Einfluß Amerikas entzogen und das Einspruchsrecht, das die Sowjetunion schon bisher gegen Beschlüsse des Sicherheitsrats hatte, tatsächlich auf die Beschlüsse der Generalversammlung ausgedehnt, in der jetzt die USA mit Hilfe ihrer Gefolgsstaaten die Sowjetunion einfach überstimmen können. Ein neuer Koreakrieg, der im Namen der Vereinten Nationen, tatsächlich aber von Amerika geführt würde, wäre damit ebenso unmöglich gemacht wie eine gewisse Politik, die Hammarskjöld als Generalsekretär der UNO, aber stark unter amerikanisch-westmächtlichem Druck und gegen den Willen der Sowjetunion im Kongo betreiben konnte. Chruschtschew scheint in Wien diesen «Troika»-(Dreigespann)-Plan mit großem Nachdruck vor Ken-

nedy entwickelt zu haben, und er wird kaum locker lassen mit seinen Bemühungen, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen. Der «New Statesman» (9. Juni) dürfte darum recht behalten mit seiner Annahme, daß ohne eine realistische Umgestaltung der Vereinten Nationen einfach jede internationale Rechtsordnung zusammbrechen und ein anarchischer Zustand in den Staatenbeziehungen eintreten würde. «Den Westen», so meint er, «wird es hart ankommen, seine Verteidigung des bestehenden UNO-Sekretariats aufzugeben — ja zu hart, wenn Chruschtschew nicht bereit ist, dafür einige wesentliche Zugeständnisse anzubieten . . . Es ist sehr zu hoffen, daß Kennedy es sich lang und ernst überlegen wird, bevor er auf Chruschtschews Begehren im gewohnten Stil des Kalten Krieges antwortet.»

Vor eine ähnliche schwierige Entscheidung wird der amerikanische Präsident gestellt sein werden, wenn es um *Berlin* geht. Die Sowjetregierung hat ja Kennedy in Wien ein seither im Wortlaut veröffentlichtes Memorandum überreichen lassen, das ihre Auffassung von der vorläufigen Lösung der deutschen Frage aufs neue formuliert und im wesentlichen den Abschluß eines Friedensvertrags mit den beiden deutschen Teilstaaten oder mindestens mit Ostdeutschland und die Umgestaltung Westberlins zu einer entmilitarisierten Freistadt ins Auge faßt. Für die dafür nötigen Verhandlungen zwischen West- und Ostdeutschland hält die Sowjetregierung eine Frist von nicht mehr als sechs Monaten für genügend. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die sowjetische Forderung, dem abnormalen Zustand Westberlins ein Ende zu machen und überhaupt die von Westdeutschland und seiner Wiederaufrüstung drohende Gefahr zu bannen (wie es das Potsdamer Abkommen von 1945 verlangte), nur zu gut begründet ist. Die Schwäche des russischen Standpunktes ist, daß die Zweiteilung Deutschlands auch mit der Annahme der Grundsätze des Moskauer Memorandums nicht überwunden, ja eher befestigt würde. Aber die Westmächte könnten ein wiedervereinigtes Deutschland sofort haben, wenn sie Gewähr dafür böten, daß dieses Deutschland nicht ihrem Militärblock angeschlossen und die sozialistischen Einrichtungen, die in der DDR geschaffen worden sind, nicht beseitigt würden. Gerade das wollen sie jedoch um keinen Preis. Für die Vereinigten Staaten namentlich ist ein Deutschland, das in den großen Kampf gegen den kommunistischen Osten eingesetzt werden kann und das sich, gestützt auf seine neue Wehrmacht, die «Befreiung» der osteuropäischen Völker «bis zum Ural» sowie die Wiedergewinnung seiner 1945 verlorenen eigenen Ostgebiete zum Ziel gesetzt hat, völlig unentbehrlich. Und wenn es nicht das ganze Deutschland sein kann, das dem Westblock eingegliedert wird, so soll es wenigstens die Bundesrepublik sein und bleiben.

Präsident Kennedy versichert einmal ums andere, die Vereinigten Staaten würden unerschütterlich fest zum heutigen Westdeutschland stehen und besonders jeden Versuch, Westberlin als Militärstützpunkt und offenes Tor für ostdeutsche Flüchtlinge aufzuheben, mit allen

Mitteln bekämpfen. Und es gibt in Amerika einflußreiche Kräfte — die Führer der Republikanischen Partei gehören dazu —, die nach dem Washingtoner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2167) «finden, es gebe nun nichts anderes als eine bewußte Politik der Stärke, um auf die kommende Berliner Krise hin gerüstet zu sein». Kennedy selbst hat *neue Milliardenkredite* für den Ausbau der anscheinend immer noch nicht genügenden Kriegsrüstungen der Vereinigten Staaten verlangt, und der stellvertretende Wehrmachtsminister Gilpatric hat kürzlich (am 6. Juni) abermals bestätigt, «daß die NATO mit dem Einsatz von Kernwaffen antworten würde, wenn ihre Streitkräfte von einem nicht mit Kernwaffen geführten Angriff aus Ländern des kommunistischen Blocks überrannt zu werden drohten». Das gilt natürlich auch für den Fall einer Bedrohung des gegenwärtigen Standes der Dinge in Westberlin. Wie soll man da, trotz den hoffnungsvolleren Ausblicken, die Wien eröffnet, an die Möglichkeit einer Annäherung der beiden großen Weltlager glauben, zumal selbstverständlich auch die Sowjetunion ihre Militärrüstung unermüdlich verstärkt? *Abrüstung*, nicht immer weitere Aufrüstung, wird mit jedem Tag lebensnotwendiger für alle Welt, und die Londoner «Peace News» haben schon recht, wenn sie (9. Juni) feststellen: «Diejenigen, die glauben, einseitiges Vorgehen, um dem Wettrüsten ein Ende machen zu helfen, sei ein widersinniger Vorschlag, haben die Pflicht, zu zeigen, wie dann sonst die Supermächte in der gefährlich kurzen Zeit, die noch verbleibt, aus ihrer Sackgasse herauskommen können.»

Ungarn 1961 Den Hauptteil dieser Weltrundschau möchte ich nun aber einer Wiedergabe der Eindrücke widmen, die ich bei einem freilich nur kurzen (elftägigen) Aufenthalt in *Ungarn* erhalten habe. Ungarn steht ja mit seinem gegenwärtigen Regierungssystem in denkbar schlechtem Ruf bei unserer öffentlichen Meinung. Wenn sie nur das Wort «Ungarn» hören, verfallen viele Leute bei uns in hysterische Krämpfe und sind bereit, jede Lüge zu glauben und zu verbreiten, die sie über Ungarn hören, wie sich vor nicht langer Zeit wieder bei der Mär von dem geplanten «Budapester Kindermord» gezeigt hat. Es sind die gleichen Leute, die Frankreichs Kolonialgreuel in Algerien und Madagaskar — mit je achtzig- oder hunderttausend Toten —, die nun bald 25 Jahre währende faschistische Diktatur in Spanien, die Verbrechen der Portugiesen in Angola und Mozambique und all die Gewalttaten in den übrigen Ländern der «freien» Welt mit großer Gelassenheit ertragen, aber gegen die Praxis der *kommunistischen* Diktaturen und besonders gegen die Unterdrückung der ungarischen Revolte von 1956 durch sowjetisches Militär jahraus, jahrein mit flammender Entrüstung zetern und wettern. Ich ergriff darum gern die mir und einer Gruppe schweizerischer Journalisten verschiedenster Richtung gebotene Gelegenheit, an Ort und Stelle einmal selber nachzuschauen, wie die Dinge in Ungarn eigentlich stehen.

Um es von vornherein zu sagen: Die Krise von 1956 ist so gut wie völlig überwunden. An meinem Urteil über die damaligen Ereignisse selbst hat sich zwar durch das, was ich in Budapest gehört habe, nichts Wesentliches geändert. Der schwere Fehler der Regierung Gerö war es, daß sie, statt die Berechtigung des Begehrens nach einer kräftigen Lockerung der Diktatur und einer Verbesserung der Lebensverhältnisse anzuerkennen, die Bewegung freiheitlicher Sozialisten und gemäßigter Kommunisten als gegenrevolutionär brandmarkte und mit russischer Hilfe zu ersticken suchte. Erst diese Trotzhaltung ermutigte die *wirklich* gegenrevolutionären Kräfte zum Losschlagen und brachte Imre Nagy ans Ruder, der — als alter Kommunist! — den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt, also die Sprengung des Ostblocks, betrieb, eine vermeintliche parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster aufrichten wollte, den Kardinal Mindszenty freiließ (der sofort die Rückgabe des enteigneten Großgrundbesitzes und der sozialisierten Fabriken an die früheren Besitzer verlangte) und damit eindeutig von der ganzen sozialistischen Neuordnung Ungarns abrückte.

Es war unvermeidlich, daß dieser Versuch, das sozialistische Regime zu stürzen und Ungarn zu «neutralisieren» — in Wahrheit: es dem Westlager zuzuführen — mit Gewalt zurückgewiesen wurde und die Sowjetunion ihre Truppenmacht abermals einsetzte, um die Gefahr einer Sprengung des Ostblocks abzuwehren. Was hätten wohl die Westmächte getan, wenn beispielsweise in Italien ein kommunistischer Aufstand zum Versuch geführt hätte, das Land von der NATO loszureißen und seinen Übergang ins Sowjetlager zu bewerkstelligen? Es handelt sich für uns nicht darum, die ganze Art und Weise zu rechtfertigen, wie die gegenrevolutionäre Bewegung unterdrückt wurde; wir lehnen eine Politik ab, die zur Anwendung solcher Mittel führt, wie sie hier gebraucht wurden. Wenn man aber — wie es im westlichen Lager der Fall ist — auf dem Boden militärischer Machtpolitik steht, hat man einfach kein Recht, das Vorgehen der Russen grundsätzlich zu verurteilen; die sinnlose Wut, die deswegen im Westen ausbrach, ist nur aus der Enttäuschung darüber erwachsen, daß es nicht gelang, Ungarn gewaltsam vom Ostblock zu trennen und damit das sowjetische Machtsystem überhaupt zu erschüttern, wäre ja doch die «Los-von-Moskau-Bewegung» sicher nicht auf Ungarn beschränkt geblieben, vielmehr mindestens auch auf Polen übergesprungen, das bereits selbst in Gärung begriffen war. Die Westmächte selber sind schuld, daß die Sowjetunion auf den *gegenrevolutionären* Putschversuch so geantwortet hat, wie sie es tat; ihr zuzumuten, daß sie untätig zusehe, wie der Atlantikblock in seinem Kalten Krieg gegen das Sowjetlager einen Sieg erster Ordnung erringe, das wäre mehr als nur naiv gewesen.

Was ist nun aber seit 1956 in Ungarn geschehen? Das ist geschehen: Was die Regierung Gerö zu tun versäumt hatte, haben die

unter Kadars magebendem Einfluß stehenden Regierungen nachgeholt. Die Reste des verderblichen Rakosi-Regimes sind ausgetilgt worden. Von Terror ist keine Rede mehr. Man kann sich in Budapest wie auch sonst in Ungarn persönlich frei bewegen und aussprechen, sofern nicht Widerstandshandlungen gegen die bestehende Ordnung damit vorbereitet werden. Wir haben zum Beispiel über den Aufstand von 1956 oder über die Kirchenpolitik der Regierung in Zusammenkünften mit zahlreichen Journalisten und mit Vertretern der katholischen und der protestantischen Kirche nach Herzenslust oppositionelle Ansichten äußern können, wobei sich nur einmal ein Ungar «Agitationsreden» eines in Wien wohnenden Korrespondenten verbat, dessen herausfordernde Redeweise in der Tat die Grenzen der Sachlichkeit und des Taktes überschritt. Natürlich besteht die Diktatur nach wie vor weiter. Vergessen wir dabei aber nicht, daß Ungarn erst vor 16 Jahren mit dem Feudalismus und der auf ihm beruhenden Gesellschaftsverfassung gebrochen hat, also 150 und mehr Jahre *nach* Westeuropa, daß es dort eine bürgerlich-liberale Revolution und ein starkes, fortschrittliches Bürgertum überhaupt nie gegeben hat, daß das parlamentarische Regime immer nur Fassade war, und daß zuerst die Horthy-Diktatur und dann der Nazismus (während des Zweiten Weltkriegs) auch alle äußerlich demokratischen Regierungsformen gründlich beseitigt haben. Wenn Ungarn über diese Vergangenheit hinauskommen und eine vom Kapitalismus wie vom Feudalismus befreite Gesellschaftsordnung aufbauen wollte, wenn es die Wirtschaft industrialisieren, modernisieren und rationalisieren und die Arbeiter- und Bauernbevölkerung auf eine sozial wie kulturell höhere Stufe der Lebenshaltung heben wollte, dann konnte das nur mit Hilfe einer straff zentralisierten Staatsmacht und einer umfassenden Wirtschaftsplanung geschehen, die keinen organisierten Angriff auf die Grundlagen der neuen Ordnung duldete. Innerhalb dieses Rahmens jedoch ist eine fühlbare Liberalisierung der Regierung, der Verwaltung und der Justiz erfolgt. Der Staats- und Parteiapparat handhabt seine Druckmittel heute sehr vorsichtig und zurückhaltend, ohne freilich die Ziele des sozialistischen Auf- und Umbaus irgendwie aus den Augen zu lassen.

Auf jeden Fall ist von ängstlicher Sorge um die persönliche Sicherheit in der Öffentlichkeit und im Verkehr mit den Menschen so wenig zu bemerken wie von einer verbreiteten Oppositionsstimmung und Widerstandsneigung. Würde die Arbeiterschaft, wie man sich das bei uns vorstellt, das «Kadar-Regime» nur widerwillig ertragen, so hätte sie nicht den Dreijahrplan 1957—1960 im wesentlichen schon in zwei Jahren erfüllt und wäre die Arbeitsergiebigkeit in der Industrie jetzt nicht um 20 Prozent höher als 1957 (statt der vorgesehenen 15 Prozent), auch wenn man die Wirkung von Mechanisierung, Rationalisierung und Automatisierung durchaus in Rechnung stellt. Die Arbeiter und Angestellten *wissen*, was sie der neuen Ordnung zu verdanken haben. Und die Bauern wissen es auch. Sie hätten sich vor fünf Jahren

den Boden, den sie durch die Aufteilung der Großgüter gewonnen hatten, nicht wieder nehmen lassen, und auch wenn sie nur etappenweise und zögernd in die landwirtschaftlichen Genossenschaften eintraten, so scheint die Tatsache, daß der Ertrag der Landwirtschaft im vergangenen Jahr trotz schlechtem Wetter höher war als 1959, doch auf das Fehlen einer Absicht hinzuweisen, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Sicher ist, daß besonders Kadar in breiten Volksschichten großes Vertrauen genießt. Er versteht es, zu den einfachen Menschen in ihrer Sprache zu reden, ist voll Humor und guter Laune und sagt den Leuten die Wahrheit, auch wenn sie recht unangenehm ist. Sein Auftreten ist darum auch alles andere als das eines Diktators, der sich vor der «Liebe» seines Volkes schützen muß. Wir begegneten ihm einmal in der Budapester Messe, als er inmitten einer Gruppe von wahrscheinlich offiziellen Persönlichkeiten daherschritt, nur von ein paar Milizmännern mit Armbinde begleitet, ohne daß die Straßen abgesperrt oder sonstige Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden wären. Die Ereignisse von 1956 gehören offenkundig einer Vergangenheit an, die niemand wiederaufleben lassen will. Dafür spricht auch der Umstand, daß bereits 50 000 Flüchtlinge aus dem Ausland zurückgekehrt sind und im letzten Jahr 7000 politische Gefangene begnadigt wurden. Auf den Einfall, daß die ungarische Regierung nachträglich an Dutzenden von Jugendlichen, die 1956 noch im Kindesalter standen, habe Rache nehmen wollen, konnten nur westliche «Freiheitsfreunde» kommen, die von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung haben.

Industrialisierung – Sozialisierung Entscheidende Bedeutung für die Normalisierung der politischen Lage seit 1956 kommt natürlich dem in den letzten Jahren erfolgten *wirtschaftlichen Aufschwung* zu. Ungarn war, wie man weiß, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein ausgesprochen unterentwickeltes Land. Bereits die Türkenherrschaft, die anderthalb Jahrhunderte dauerte, hatte Ungarn stark hinter der westeuropäischen Entwicklung zurückbleiben lassen. Dann kam die Habsburgerherrschaft, unter der Ungarn zum bloßen Rohstofflieferanten und Absatzmarkt für die österreichische Industrie wurde. Schließlich waren es die Horthy-Diktatur und der Krieg von 1939 bis 1945, die Ungarns wirtschaftliche Entfaltung schwer hemmten. Erst 1947 konnte die planmäßige Industrialisierung und Modernisierung der ungarischen Volkswirtschaft an die Hand genommen werden, und zwar in sozialistischem Geist und mit sozialistischer Zielsetzung. Aber bei allen Fortschritten, die auf diesem Wege gemacht wurden, beging namentlich das Regime Rakosi-Gerö verhängnisvolle Fehler, die eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung jahrelang zurückhielten. Auf Kosten der Leichtindustrie und des Verbrauchs wurde die Schwerindustrie übermäßig gefördert, die Landwirtschaft überstürzt zu vergenossenschaftlichen versucht und die Erschließung der inländischen Rohstoffquellen

vernachlässigt. In Verbindung mit der politischen Gewaltherrschaft, die diesen Wirtschaftskurs stützen sollte, trug die so bewirkte Produktionsstockung und Verbrauchssenkung wesentlich zum Ausbruch des Aufstandes von 1956 bei, der seinerseits der Wirtschaft die schwersten Wunden schlug.

1957 begann dann aber jene neue Entwicklung, die noch heute andauert und sich in verstärktem Maß in die nächste Zukunft hinein fortsetzen soll. Mit Hilfe der Sowjetunion wurde das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger rasch um 15 bis 17 Prozent erhöht; die industrielle Produktion wurde im Rahmen des Dreijahrplanes 1958—1960 gleichmäßig und wesentlich gesteigert; durch Aufhebung der Pflichtablieferungen und Einführung einer neuen Aufkaufsordnung erhöhte sich auch die landwirtschaftliche Erzeugung und die Lebenshaltung der Bauernbevölkerung. So vollzog sich die doppelte wirtschaftliche und gesellschaftliche Revolution, in der Ungarn heute begriffen ist: seine Umwandlung aus einem rückständigen Agrarland in ein modernes Industrieland, in dem schon jetzt über 36 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie und im Baugewerbe beschäftigt sind (gegen 22 Prozent im Jahre 1949) und 35 Prozent in der Landwirtschaft (damals rund 50 Prozent), und gleichzeitig der Übergang von der feudal-kapitalistischen Profitwirtschaft zu einer sozialistisch gedachten Plan- und Bedarfswirtschaft. Die Lebenshaltung der Bevölkerung hat sich dadurch von Jahr zu Jahr stärker gehoben. Die Gesamtsumme des Verbrauchs, der Dienst- und der Sozialleistungen hat von 1957 bis 1960 je Kopf um 17 bis 19 Prozent zugenommen, der Umsatz an Lebensmitteln allein um 24 Prozent, der an Bekleidungsartikeln um 20 Prozent und der Verkauf langlebiger Güter und sonstiger Industrieerzeugnisse gar um 44 Prozent. In der gleichen Zeit stieg das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 11 Prozent, während das Volkseinkommen von 1949 bis 1958 um etwa 70 Prozent wuchs und im Jahre 1960 um 20 Prozent dasjenige von 1957 überstieg. Die landwirtschaftliche Erzeugung war am Schluß der Dreijahrperiode 1958—1960 um über 11 Prozent höher als im Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre; die Industrieproduktion, die nach Plan um 22 Prozent anwachsen sollte, erreichte eine Steigerung um 40 Prozent.

Das scheinen alles trockene Zahlen; wenn man aber den ungarischen Alltag betrachtet und sich von Einheimischen erzählen läßt, wie es früher war, stellt man mühelos fest, daß die Lebenshaltung des Volkes und die ganze Wirtschaftsweise des Landes einen Stand erreicht haben, der sich bei allen Mängeln und Fehlleistungen auch neben demjenigen Westeuropas getrost sehen lassen darf und begründete Hoffnung gibt, daß er diesen in absehbarer Zeit in allem Wesentlichen erreichen wird. (Es wird darüber im nächsten Heft noch zu reden sein.) Was die ungarische Industrie auf der Internationalen Budapester Messe (19. bis 25. Mai) an Spitzenleistungen zu zeigen vermochte, erregte nicht nur die Bewunderung der Laien, sondern gewiß auch die

Anerkennung der Fachleute. Und wenn wir durch Industriebetriebe wie die große Lastwagenfabrik «Ikarus» in Budapest schritten, so bot sich uns da ein Bild moderner technischer Ausrüstung und zweckvoller Arbeitsorganisation, wie wir es auch im Westen kaum typischer finden.

Die neue Landwirtschaft Der Ertragssteigerung der Landwirtschaft sind auch in Ungarn schon aus natürlichen Gründen viel engere Grenzen gezogen als der industriellen Erzeugung. Dennoch hat sich in der ungarischen Landwirtschaft seit Kriegsende eine gewaltige Umwälzung vollzogen. Vor der Befreiung herrschten hier ganz ausgesprochen feudal-kapitalistische Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Eine hauchdünne Schicht von Großgrundbesitzern vereinigte 30 Prozent der gesamten Ackerfläche des Landes in ihrer Hand. 0,1 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe hatten einen Umfang von mehr als 575 Hektaren; viele Feudalherren besaßen 200 000 bis 300 000 Hektaren Boden, der Fürst Esterházy sogar rund 500 000 ha (annähernd die Bodenfläche des Kantons Wallis). Die Masse der ungarischen Bauern besaß nur 10 Prozent der anbaufähigen Bodenfläche, wobei 63 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Zwergwirtschaften unter 2,9 ha waren. Ein beträchtlicher Teil der Landbevölkerung war überhaupt besitzlos und meistens auch arbeitslos. Die Armut und Verwahrlosung des Landproletariats war unbeschreiblich. Unterernährt, barfuß, ohne Schulbildung führten diese Menschen ein sklavenähnliches Dasein; mit Recht sprach man damals von Ungarn als dem Land der drei Millionen Bettler.

Die Bodenreform von 1945 machte diesen ganzen menschenunwürdigen Zuständen ein Ende. Der Großgrundbesitz wurde aufgeteilt; der Boden ging ins Eigentum von annähernd zwei Millionen Bauern über. Die landlosen «Bauern» und die Kleinbesitzer erhielten zusammen 1,9 Millionen Hektaren Land, während 1,3 Millionen Hektaren — großenteils Wald — in Staats- oder Gemeindeeigentum übergingen. Die Staatsgüter entwickelten sich mehr und mehr zu Musterbetrieben und Forschungsanstalten, während die bäuerlichen Privatbetriebe schon im Jahre 1949 ihren Ertrag annähernd wieder auf den Stand von 1938 zu bringen vermochten. Allein die Bodenaufteilung war alles andere als eine ideale Lösung der Agrarfrage. Bis vor wenigen Jahren war die ungarische Landwirtschaft eine der am meisten zersplitterten kleinbetrieblichen Landwirtschaften Europas. Ihr ausgeprägter Parzellencharakter, diese nach Hunderttausenden zählende Menge von Klein- und Mittelbetrieben engte die Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft drückend ein, so daß sich der Übergang zu größeren Betriebseinheiten und zu sozialistisch-genossenschaftlichen Betriebsformen immer stärker aufdrängte. Von 1948 an entstanden denn auch auf freiwilliger Grundlage und mit wirksamer Unterstützung aus Staatsmitteln *landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften*, deren Erträge fast überall diejenigen der Einzelbetriebe bald überstiegen.

Mit Hemmungen, Unterbrüchen und Widerständen verschiedenster Art, auf die hier nicht eingetreten werden kann, dehnte sich die Genossenschaftsbewegung immer unaufhaltsamer aus. Heute dürften rund 75 Prozent der gesamten nutzbaren Bodenfläche — Staatsgüter und Produktionsgenossenschaften zusammengenommen — «sozialisiert» sein. In den letzten drei Jahren überstieg der Durchschnitt der landwirtschaftlichen Erzeugung denjenigen der vorangegangenen drei Jahre. Insgesamt liegt aber, wie ich einer amtlichen Veröffentlichung entnehme, die landwirtschaftliche Erzeugung Ungarns nur um 15 Prozent höher als im Durchschnitt der Jahre 1934—1938. Sie genügt damit den sich steigernden Ansprüchen der Verbraucher noch keineswegs und bleibt besonders hinter der auf das Dreieinhalbfache angewachsenen Produktion der sozialisierten Industrie weit zurück.

Ein Bild vom Stand und Betrieb der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vermittelte uns ein Besuch in dem 12 000 Einwohner zählenden Großdorf Mór in Westungarn, deren LPG 1952 gegründet wurde und heute 866 Mitglieder zählt. Die eigentlichen Bauern — übrigens größtenteils deutscher Abstammung, aber untereinander gewöhnlich ungarisch redend — gehören alle der LPG an; auch in der Umgebung gibt es nur noch wenige Einzelbauern; manche Genossenschaftsmitglieder — teils die Männer, teils die Frauen — arbeiten im benachbarten Bergwerk oder in anderen industriellen und gewerblichen Betrieben. Die Mehrzahl der Mitglieder ist seit 1959 in die Genossenschaft gekommen, ohne daß — nach der Aussage der Vorstandsmitglieder, mit denen wir uns lang unterhielten — ernsthafter Widerstand geleistet worden wäre. Die rund 3000 ha umfassende Genossenschaft besitzt 400 ha Rebland, 300 ha Weideland, 80 ha Wald, und der Rest dient der Erzeugung von 12 verschiedenen Getreide- und Futtermittelarten. Der Ertrag war im letzten Jahr um 10 Prozent höher als beim Einzelbetrieb, vor allem dank der planmäßigen Verwendung von Maschinen und Kunstdünger. Wie jede Genossenschaft, die nicht nur den Boden, sondern auch die übrigen Produktionsmittel gemeinsam besitzt und ausnützt, überläßt auch die LPG «Kossuth» in Mór ihren Mitgliedern bis zu 0,58 ha Land zur privaten Nutzung mit entsprechendem Viehbestand, im allgemeinen eine Kuh und ein Kalb, ein Mutterschwein mit Zuwachs und Geflügel in unbeschränkter Anzahl.

Während in der ersten Zeit nach der Bodenreform die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in bestimmtem Umfang an die staatlichen Aufkaufstellen zu festen Preisen abgeliefert werden mußten und daneben ein freier Markt mit drei- oder viermal höheren Preisen bestand, ist seit 1957 dieses System abgeschafft und eine grundsätzlich freie Marktwirtschaft mit Preisbildung durch Angebot und Nachfrage gewährleistet; die Preise liegen zwischen den früheren Abgabepreisen und denjenigen des damaligen freien Marktes, immerhin näher den letztgenannten. Das Genossenschaftseinkommen wird auf Grund der

geleisteten Arbeit verteilt, wobei in Mór sieben Gruppen von Arbeitseinheiten, je nach der Schwere der Arbeit, festgesetzt sind. Bis Kriegsende waren in der Gemeinde — das sei doch auch noch festgehalten — 60 Prozent des Bodens Eigentum von Großgrundbesitzern; einer davon, ein Jude, wurde bei der Landaufteilung umgebracht.

Diesen Genossenschaftsbauern geht es wirklich nicht schlecht, jedenfalls viel besser als zur Zeit der «Grafen». Das ganze Dorf macht überhaupt mit seinen ordentlichen Häusern, Neubauten und Grünanlagen einen wohlhabenden, gefreuten Eindruck. Trotzdem ist die Landflucht, wie in ganz Ungarn, auch hier ein Problem. Die älteren Leute schätzen die Vorteile der Genossenschaft mehr und mehr, nicht zuletzt die Bauernfrauen, die sich nicht mehr abschinden müssen wie früher und ihre Kinder in die Tagesheime schicken können (drei von den vieren, die in der Gemeinde bestehen, sind von der LPG neu geschaffen worden). Aber die Jugend drängt wie überall in der Welt in die Städte mit ihrem scheinbar leichteren und anziehenderen Leben. Durch beschleunigte Mechanisierung der Arbeit und abwechslungsreichere Gestaltung der Freizeit sucht man sie im Dorf zu halten — aber wird das auf die Dauer mithelfen, eine gesündere Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft zu sichern?

In unserer nächsten Rundschau wollen wir noch weitere Seiten des neuen Lebens in Ungarn beleuchten. Inzwischen darf ruhig festgestellt werden, daß sich Ungarn tapfer aus seiner feudal-kapitalistischen Vergangenheit herausarbeitet, so wie es auch ehrlich die Fehler seiner «stalinistischen» Periode wiedergutzumachen bemüht ist. Es verdient nicht die gehässige Anfeindung, mit der ihm die «freie» Welt des Westens, nicht zuletzt auch ein großer Teil der öffentlichen Meinung unseres Landes, begegnet, hat vielmehr unsere volle Sympathie nötig bei dem großen Aufbauwerk, in dem es erfolgreich begriffen ist.

13. Juni *Hugo Kramer*

Juli- und Augustheft der «Neuen Wege» werden als Doppelnummer Anfang August erscheinen.